

Israels Oberster Gerichtshof hat schon immer die Apartheid befürwortet

Muhammad Shehada, newarab.com, 01.08.23

Israelische Proteste gegen die Regierung stellen den Obersten Gerichtshof als Torhüter von Demokratie und Bürgerrechten dar. Für die Palästinenser:innen ist dasselbe Gericht ein Erfüllungsgehilfe von Israels Besatzung, Diskriminierung und Unterdrückung.

Wenn man sieht, wie jeden Samstag israelische Demonstrationen auf den Straßen von Tel Aviv stattfinden, die im In- und Ausland breite Unterstützung, Anerkennung und Lob finden, kommt vielen Palästinenser:innen sofort ein Vergleich in den Sinn.

Ironischerweise ist einer der Richter des Obersten Gerichts, Noam Sohlberg, selbst ein illegaler Siedler, der sich für eine mildere Behandlung israelischer Terroranschläge gegen Palästinenser einsetzt.

Vor nicht allzu langer Zeit, in den Jahren 2018 und 2019, gingen jede Woche Zehntausende Palästinenser:innen in Gaza auf die Straße und marschierten, unbewaffnet und mit nacktem Oberkörper, zum an den Staat Israel grenzenden Stacheldrahtzaun, um ihr Recht auf Leben und die Aufhebung der israelischen Besatzung zu fordern.

Den beeindruckend gewaltlosen Protesten wurde mit einem unverhältnismäßigen und ungerechtfertigten Maß an tödlicher Gewalt begegnet, wobei die israelischen Soldaten Schüsse in die Menge von Demonstrant:innen feuerten, 223 Palästinenser:innen töteten und über 36.100 verletzten. Darunter waren Sanitäter:innen, Journalist:innen, Kinder, Frauen und Menschen mit Behinderungen.

Bemerkenswerterweise war es genau derselbe Oberste Gerichtshof Israels, für dessen Schutz die Demonstranten in Tel Aviv jetzt mit aller Kraft kämpfen, der dem israelischen Militär vorbehaltlos grünes Licht gab, scharfe Munition auf palästinensische Demonstrationen abzufeuern. Der Oberste Gerichtshof weigerte sich sogar, sich Beweismaterial anzusehen, das die Erschießung unbewaffneter Zivilisten durch die Armee dokumentiert.

Dies ist einer der Gründe, warum die meisten Palästinenser:innen den israelischen Demonstrationen zum Schutz des Obersten Gerichtshofs und zur Aufrechterhaltung des Status quo keine nennenswerte Sympathie entgegen bringen. Genau dasselbe Gericht ist schon immer Israels Erfüllungsgehilfe für Besatzung, Diskriminierung und Unterdrückung der Palästinenser:innen gewesen.

Der Oberste Gerichtshof der Apartheid

Israelische regierungsfeindliche Demonstrant:innen haben versucht, den Obersten Gerichtshof als Torhüter der Demokratie, des Liberalismus und der Bürgerrechte darzustellen, während Befürworter der Justizreform von Benjamin Netanjahu behaupten, das Gericht sei „elitär“, „links“ und voreingenommen gegenüber israelischen Siedlern. Wenn es jedoch um die Palästinenser:innen geht, war der Oberste Gerichtshof voll und ganz

an der Legitimierung, Aufrechterhaltung und Förderung einer düsteren Realität beteiligt, die die größten Menschenrechtsgruppen der Welt als „Apartheid“ bezeichnen, die „die Rechte der Palästinenser zerschlagen“, wie der Direktor von *B'Tselem* sagte.

Bürger:innen des Gazastreifens in einem Freiluftgefängnis einzusperren wird gebilligt

Ein prominentes Beispiel hierfür ist die israelische Blockade der Luft-, Wasser- und Landflächen Gazas seit 2007, die die Enklave „unbewohnbar“ gemacht hat. Von Anfang an unterstützte der Oberste Gerichtshof Israels die Regierungspolitik, die Strom- und Treibstofflieferungen nach Gaza zu drosseln, trotz der offensichtlichen Gefahren solcher Maßnahmen (z. B. für den Gesundheitssektor).

Tausende Petitionen zu Gaza wurden beim Obersten Gerichtshof Gaza eingereicht, aber das Gericht lehnte mehr als 99,9 % davon ab. Nur zwei Fälle wurden angenommen, einer im Zusammenhang mit einer Journalistin aus Gaza, die von der Armee in der Nähe des Zauns angeschossen wurde, um sie zur Behandlung ins Ausland zu verlegen, und ein anderer im Zusammenhang mit Brustkrebspatientinnen, denen die israelische Regierung die Behandlung außerhalb des Gazastreifens untersagte.

Grünes Licht für ethnische Säuberungen und staatliche Gewalt

Israels älteste Zeitung, *Haaretz*, bezeichnete den Obersten Gerichtshof als „Werkzeug der Besatzung“, da er die ethnische Säuberung der gesamten palästinensischen Gemeinde Masafer Yatta ganz klar zugunsten der Siedler genehmigte.

Das Gericht beschloss auch, das Dorf Khan al-Ahmar aufzulösen, ein Akt, der das besetzte Westjordanland in zwei Teile spalten und einen lebensfähigen palästinensischen Staat verhindern würde. Das Gericht ließ der Dorfbewölkerung die Wahl zwischen einer Umsiedlung an einen Ort neben einer Mülldeponie oder einem Schrottplatz.

Der Oberste Gerichtshof Israels ist maßgeblich an der faktischen Annexion der Westbank beteiligt gewesen, indem er Landraub, Siedlungsausweitung und die Einsperrung von Palästinensern in kleine Enklaven erleichterte und genehmigte. Er ließ auch Häuserzerstörungen zu und die Einbehaltung der Leichname toter Palästinenser:innen, Strafmaßnahmen der israelischen Politik der Kollektivstrafe, die ausschließlich gegen Palästinenser:innen ausgeübt wird.

Ironischerweise ist einer der Richter des Obersten Gerichts, Noam Sohlberg, selbst ein illegaler Siedler, der sich für eine mildere Behandlung israelischer Terroranschläge gegen Palästinenser einsetzt.

Kriminalisierung von friedlichem Widerstand

Im Jahr 2015 fällte der Oberste Gerichtshof Israels ein wegweisendes Urteil zugunsten eines israelischen Anti-Boycott-Gesetzes, das es der israelischen Regierung erlaubt, „Geldstrafen zu verhängen oder Gelder von israelischen NGOs zurückzuhalten, die zum Boykott von Unternehmen in ganz oder Teilen Israels aufrufen“ einschließlich der Siedlungen im besetzten Westjordanland. In der Entscheidung des Gerichts wurden Boykotte gegen Israel als „politischer Terror“ eingestuft und die BDS-Bewegung mit Holocaustleugnern in Verbindung gebracht.

Auf der Grundlage eines israelischen Anti-Boycott-Gesetzes aus dem Jahr 2017 deportierte der Oberste Gerichtshof Omar Shakir, den Direktor von *Human Rights Watch* für Israel-Palästina im Jahr 2019 mit der Beschuldigung, öffentlich zu Boykotten gegen israelische Siedlungen aufgerufen zu haben.

Menschenrechtsexperten bezeichneten diese Gesetze als „eine bedenkliche Bedrohung der freien Meinungsäußerung“.

Der Oberste Gerichtshof genehmigte ebenfalls die israelische Administrativhaft von Palästinensern ohne Anklage oder Gerichtsverfahren, eine Praxis, die Israel routinemäßig anwendet, um Palästinenser, darunter Politiker und Aktivisten, zu unterdrücken und zu bestrafen.

Schutz für Kriegsverbrecher

Viele prominente israelische Demonstranten haben deutlich gemacht, dass der Oberste Gerichtshof sie vor jeglicher wirkungsvollen Rechenschaftspflicht für mögliche Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit schützt. Wie Israels ehemaliger Verteidigungsminister Moshe Yaalon es letzten April ausdrückte: „Sie wissen, dass es auf der ganzen Welt Haftbefehle und Klagen gegen IDF-Soldaten gibt. Was zwischen uns und der Vorladung von Politikern, Offizieren und Soldaten vor den Internationalen Strafgerichtshof steht, ist unser Oberster Gerichtshof.“

Der IStGH arbeitet nach dem Grundsatz der Komplementarität, was bedeutet, dass er sich nicht einmischt, wenn die unabhängige und kompetente Justiz eines Staates in gutem Glauben die Initiative ergreift, mögliche Kriegsverbrechen zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen, selbst wenn solche Ermittlungen und Prozesse lediglich zur Show sind.

Beispielsweise hat der IStGH seine Untersuchung mutmaßlicher britischer Kriegsverbrechen im Irak eingestellt, obwohl er eine „vernünftige Grundlage für die Vermutung“ gefunden hatte, dass Gräueltaten begangen worden sein könnten, weil die britische Justiz die Initiative zur Untersuchung ergriff, allerdings ohne dass wahrhafte Gerechtigkeit oder Rechenschaftspflicht gewährleistet wurde. Daher besteht die Gefahr, dass Netanyahus Untergrabung der israelischen Justiz diese in den Augen des IStGH inkompetent macht, was es dem IStGH ermöglichen würde, Israelis zu verfolgen, die an möglichen Kriegsverbrechen beteiligt sind.

Netanyahus Koalition möchte mehr Grausamkeit

Trotz der Schlüsselrolle des Obersten Gerichtshofs bei der Unterdrückung, Enteignung und Unterwerfung der Bevölkerung unter Besatzung sieht die israelische Rechte darin ein Hindernis auf ihrem Weg, die Palästinenser vollständig zu „zerschlagen“ und jede Hoffnung auf einen palästinensischen Staat zu zerstören.

Das liberale und gemäßigte Lager Israels plädiert seit langem dafür, in Bezug auf die besetzten palästinensischen Gebiete in milden Tönen zu sprechen und vor Ort Realitäten zu schaffen. Beispielsweise ist die Ausweitung von Siedlungen seit fast sechs Jahrzehnten eine vom Obersten Gerichtshof unterstützte Staatspolitik, solange diese Ausweitung schrittweise und kalibriert erfolgte, um die internationale Gemeinschaft nicht zu erzürnen.

Die regierende rechtsextreme Regierung Israels ist jedoch offiziell dafür, die Zerstörung der Zwei-Staaten-Lösung voranzutreiben und zu beschleunigen und zeigt wenig Rücksicht auf die Meinung der internationalen

Gemeinschaft. In diesem Sinne könnte der Oberste Gerichtshof die Politik bremsen, die die israelische Rechte hastig durchsetzen will.

Tatsächlich hat der Architekt der Justizreform, Israels Justizminister Yariv Levin, deutlich gemacht, dass es bei der Aufhebung der „Vernunftsregel“ letzte Woche zum großen Teil um die Palästinenser:innen und die besetzten Gebiete ging. Die „Vernunftsregel“ ermöglichte es dem Obersten Gerichtshof, Regierungsentscheidungen zu blockieren, die ethischem Verhalten und vernünftigem Handeln widersprechen, und Levin wirft den „nicht gewählten“ Richtern des Gerichts vor, durch diese ihre Befugnis die Demokratie zu untergraben.

Die einzigen fünf Beispiele, die der Minister für die „negativen“ Auswirkungen der Vernunftsregel aufführte, betrafen jedoch ausschließlich die Besetzung und die Palästinenser. Dazu gehört die Aufhebung eines Verbots der Regierung für trauernde palästinensische Familien, an einer Koexistenz- und Friedensveranstaltung in Israel teilzunehmen, und die Verhinderung der Vertreibung von drei Palästinensern aus dem Westjordanland nach Gaza.

Was die israelische Rechte sich von der Untergrabung der Justiz verspricht, ist die uneingeschränkte Enteignung, Vertreibung und Unterwerfung der Palästinenser sowie die unbegrenzte Ausweitung der Siedlungen auf jedem Zentimeter der besetzten Gebiete.

Beispielsweise nutzte der Oberste Gerichtshof Israels im Jahr 2020 einmal die Vernunftsklausel, um ein Gesetz aufzuheben, das den Bau von Siedlungen auf gestohlenem palästinensischem Privatland legalisierte. Die Aufhebung der Vernunftsklausel würde eine Wiederbelebung dieses Gesetzes ohne Hindernisse ermöglichen.

Außerdem würde die Abschaffung der Vernunftsregel folgendes möglich machen: Deportation von Palästinenser:innen aus Ostjerusalem und dem Westjordanland in den Gazastreifen; Entzug der Staatsbürgerschaft israelischer Araber; Zerstörung palästinensischer Häuser; Wiedereinführung der Todesstrafe gegen Palästinenser; viele weitere Maßnahmen mit dem Ziel, die Palästinenser zu vernichten.

Muhammad Shehada ist ein palästinensischer Schriftsteller und Analyst aus Gaza und der Manager für EU Angelegenheiten bei Euro-Med Human Rights Monitor.

Quelle: <https://www.newarab.com/analysis/israels-supreme-court-has-always-been-pro-apartheid>

Übersetzung: R. Häberle, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de